

gründete sie die Bundesrepublik Deutschland. Es waren CDU-Politiker, die in jenen Tagen erklärten, von nun an sei die Zonengrenze zur Staatsgrenze und das Gebiet der DDR für die BRD zum Ausland geworden. Das entsprach einer klaren Klassenposition.

Nur waren die herrschenden Kräfte in der BRD zwanzig Jahre hindurch nicht bereit, die Konsequenzen aus ihrer Handlungsweise zu ziehen, sondern nährten entsprechend ihrer aggressiven Zielsetzung die Illusion, das sozialistische Ausland mit Hilfe nationalistischer Parolen und konterrevolutionärer Aktionen eines Tages wieder als „Inland“ dem Herrschaftsbereich der Monopole einverleiben zu können. Daraus ist nichts geworden.

Mit dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der

BRD wurde, wie Genosse Erich Honecker, auf dem 9. Plenum feststellte, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eingeleitet. Es handelt sich um einen normalen völkerrechtlichen Vertrag. Er ermöglicht die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Aber er begründet keine „besonderen Beziehungen“ zwischen den beiden voneinander unabhängigen, souveränen Staaten mit völlig unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Er grenzt klar ab: Die DDR ist kein Inland der BRD und die BRD kein Inland der DDR. Der Vertrag wurde nur möglich, weil beide Seiten die unüberbrückbaren ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischen, sondern klar in Rechnung stellten.

tik des kapitalistischen Staates untergeordnet.

Die innere Gesetzgebung der BRD beschleunigt den Konzentrationsprozeß. Immer weniger Monopolgruppen verfügen über immer größeren Reichtum. Kaum zwei Prozent der Industriebetriebe haben heute einen größeren Umsatz als alle übrigen zusammengekommen. Die Steuerlast aber wird auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten umverteilt. Vor fünf Jahren betrug der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen noch 18 Prozent — im vergangenen Jahr war er bereits auf 25,5 Prozent gestiegen, der Anteil der Körperschaftsteuer der Konzerne aber sank bei rasch wachsenden Profiten im gleichen Zeitraum von 7,1 Prozent auf 4,3 Prozent! Dies zeugt ebenso von der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse wie die Explosion der Preise und Mieten, die wachsende Zahl der Arbeitsunfälle, die zunehmende soziale Unsicherheit.

Was die Außen- und Militärpolitik betrifft, so ist die BRD seit über zwei Jahrzehnten fest in die NATO und in die EWG integriert. Führende Vertreter der BRD betonen, daß die Festigung, ja Verewigung dieser politischen, ökonomischen und militärischen Bindungen erstrangiges Ziel sei. Erst am 23. August erklärte sich BRD-Minister Bahr im Westdeutschen Rundfunk für ein unbegrenzt fort-dauerndes militärisches Engagement der USA in Europa. Damit ginge er nach eigener Aussage über frühere Äußerungen Adenauers hinaus. Andere Politiker der BRD betreiben kaum verhüllt die Schaffung einer westeuropäischen Atomstreitmacht mit BRD-Beteiligung. Rüstungslasten und Rüstungsprofite haben 1973 im Bonner Staat eine Rekordhöhe erreicht.

Gegensätzliche Macht- und Besitzverhältnisse

Worin zeigt sich die klassenmäßige Abgrenzung zwischen DDR und BRD, und wie entwickelt sie sich? Schwächt sie sich ab, oder wird sie weiter vertieft? Betrachten wir zunächst die Macht- und Besitzverhältnisse.

In der BRD besteht jene Gesellschaftsstruktur fort, die das traurige Verdienst in Anspruch nehmen kann, zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit verheerende Weltkriege hervorgebracht zu haben: der Kapitalismus in seinem höchsten und letzten, Imperialistischen Stadium. Der Besitz der Produktionsmittel ist in den Händen gewaltiger kapitalistischer Konzerne und Monopole, in den Händen weniger Familienkonzentriert.

Für den Reichtum der Milliarden-Familie Flick schufteten

beispielsweise 1972 über 210 000 Arbeiter, die einen Umsatz von 15,5 Milliarden DM erbrachten. Aus dieser Konzentration ökonomischer Macht, die immer rascher fortschreitet, erwächst die politische Macht des Finanzkapitals. Dessen Streben nach höherem Profit aber nährt immer aufs neue — das hat die Geschichte gezeigt, und davon zeugen Vietnam und Kambodscha ebenso wie der Nahe Osten oder Chile — Expansions- und Aggressionsbestrebungen gegenüber anderen Staaten und Völkern. „Die langfristige Gewinnmaximierung ist das Untermehrzweck Nummer eins“, berichtete das Düsseldorfer „Handelsblatt“ vom 17. Oktober 1972 über das Ergebnis einer Umfrage bei Spitzenunternehmern der BRD-Wirtschaft. Diesem Ziel ist die gesamte Innen- und Außenpoli-